

**Für unsere Sicherheit:
am 9. Juni: AfD wählen!**



Unsere Forderungen in Kürze:

- Konsequente Remigration vollziehbar Ausreisepflichtiger
- Einstellung eines Remigrationsbeauftragten
- Initiative auf Landesebene zur Einrichtung einer Abschiebehaftanstalt in Potsdam
- Kein Neubau weiterer Asylheime
- Schluss mit der Finanzierung von „Seebrücke“,
- Städte „Sichere Häfen“
- Freiwillige Integrationszahlungen einstellen
- Mehr Kontrollgänge des Ordnungsamts in Parks und Freizeitorten

Ihr Land braucht Sie. Hier geht es zum Antrag:
www.afd-potsdam.de/mitglied-werden



**Darüber hinaus können Sie unsere Arbeit noch durch eine
Spende unterstützen, welche Sie von der Steuer absetzen können:**

Kreisverband AfD Potsdam
IBAN: DE48 1203 0000 1020 2096 70
Verwendungszweck: „Spende an den KV Potsdam“
www.afd-potsdam.de/unterstuetzer-der-potsdamer-afd



Folgen Sie uns im Internet und auf Social Media:

 www.afd-potsdam.de

 fb.me/afdpotsdam

 instagram.com/afd.bund

Herausgeber:
**Kreisverband Potsdam der Alternative für
Deutschland (AfD)**
Brandenburger Str. 28
14542 Werder / Havel



**REMIGRATION STATT
SPURWECHSEL!**



Wir wollen in Freiheit, Sicherheit und Ordnung leben!

Jeder Potsdamer hat ein Recht darauf, in Freiheit, Sicherheit und Ordnung zu leben. Als Rechtsstaatspartei setzen wir uns für ein starkes und gut aufgestelltes Ordnungsamt ein.

In Kooperation mit der Polizei und privaten Sicherheitspartnerschaften wollen wir stärkere Kontrollen bei Einzelhändlern und in den Stadt- und Ortsteilen.

1 Mehr Sicherheit für Potsdam

Die sogenannte Flüchtlingskrise seit 2015 hat unser Potsdam vor noch nie dagewesene Aufgaben gestellt.

Der Verlust an Sicherheit – vor allem rund um den Hauptbahnhof, am Bassinplatz und in den südlichen Stadtbezirken muß konsequent bekämpft werden.

2 Aufnahmestopp und Remigration

Wir fordern höheren Druck auf das Land, um ein Ende der irregulären Migration und eine umfassende Remigration zu erreichen. Wir wollen das Vertrauen der Bürger in den Rechtsstaat wiedergewinnen.

Eine weitere und zusätzliche freiwillige Aufnahme schadet der Sicherheit der Potsdamer, wie zahlreiche Beispiele der letzten Jahre belegen.

3 Keine Unterbringung in Wohnungen

Angesichts des extrem angespannten Wohnungsmarkts, der finanziellen Notlage, sowie der schwindenden Sicherheit in einigen Ortsteilen, setzen wir uns für eine dauerhafte Unterbringung von Asylanten in Gemeinschaftsunterkünften und nicht in Wohnungen ein.

Wir wollen keine Unterbringung anerkannter Asylanten in regulären Wohnungen zum Nachteil von Potsdamern.

Kurzfristig wollen wir die eingeschränkte Bezahlkarte und langfristig die Umstellung von Geld- auf Sachleistungen für Asylbewerber.

4 Beauftragter für Remigration

Neben einem Stopp des weiteren Ausbaus von Asylheimen, insbesondere im Bereich des Weltkulturerbes (Lennésche Feldflur), fordern wir ein Ende des Zubaus in allen Stadtteilen - vor allem im Schlaatz, am Stern, in Drewitz und in Golm.

5 Kein „Spurwechsel“ für Geduldete

Potsdam wird mit der AfD aus dem Programm „Spurwechsel“ der Landesregierung



aussteigen, um die Legalisierung von illegaler Einwanderung sowie deren Belohnung zu verhindern.

6 NEIN zu „Seebrücke“ & Schleppern

Wir werden das Städtebündnis „Sichere Häfen“ auflösen. Potsdam muss seine Förderung der Initiative „Seebrücke“ beenden. Es kann nicht garantiert werden, dass keine Terroristen und Antisemiten zu uns einwandern.

7 Stopp dem Politischen Islam!

Wir setzen uns nicht nur für einen Remigrationsbeauftragten ein, sondern wollen die Ausländerbehörde finanziell und personell so ausstatten, dass sie Ausreisepflichtige aufspürt und jederzeit für die Abschiebung durch Land und Bund vorbereitet. Wir wollen in Potsdam eine Abschiebehaftanstalt einrichten.

Wir setzen uns ein für eine Rechtsgrundlage, die die Verbreitung des politischen Islams auch in Potsdam verhindert.

8 Transparente Sicherheitsinformationen

Wir wollen keine Freitagsgebete im Lustgarten oder auf anderen öffentlichen Plätzen.

Wir wollen regelmäßig Veröffentlichungen zu sicherheitsrelevanten Informationen. Die Stadtverwaltung muss in Zusammenarbeit mit der Polizei dem Bürger Daten zu sicherheitspolitischen Aspekten der Kommune barrierefrei und transparent zur Verfügung stellen.

Die jährlichen Sicherheitsanalysen des Stadtgebietes sollen mit „Heat-Maps“ auf der Homepage veröffentlicht und die Entwicklung der aktuellen kriminalitätsbelasteten Orte in Potsdam gezeigt werden.